



Geschäftsbericht 2020

Sparda-Bank München eG

GEMEINWOHL
ÖKONOMIE 
Bilanzierendes Unternehmen

Sparda-Bank

www.sparda-m.de

Inhalt



3	Editorial
4	Bäume für Oberbayern
5	Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank
8	Unser Dank
8	Mehr von der Sparda-Bank München

Jahresabschluss 2020

10	Lagebericht
28	Bericht des Aufsichtsrats
32	Bilanz
36	Gewinn- und Verlustrechnung
38	Anhang
51	Bestätigungsvermerk
57	Länderspezifische Berichterstattung
58	Für Sie vor Ort
59	Impressum



Der Vorstand der Sparda-Bank München, von links: Hermann Busch, Petra Müller, Helmut Lind (Vorsitzender) und Silke Schneider-Wild

Gemeinsam durch die Krise – mit Solidarität und Mut zur Veränderung

Das Jahr 2020 hat durch die Coronapandemie viele Veränderungen und Entbehrungen gebracht. Ein Jahr, in dem aus den unzähligen negativen Nachrichten jedoch auch immer wieder Schönes gewachsen ist.

So zum Beispiel unsere Aktion „Ein Herz für Helfer“ im April 2020, bei der wir Vereine, die sich mit viel Engagement und Ideenreichtum um die von der Pandemie besonders betroffenen Menschen kümmern, mit insgesamt 100.000 Euro aus unserem Gewinn-Sparverein unterstützen konnten. Oder das 90-jährige Jubiläum der Sparda-Bank München, das wir mit Baumpflanzungen im Gebiet Aschau/Marquartstein und mit einer Kuchen-Aktion zugunsten bedürftiger Senioren begehen konnten.

Unsere umfassenden Online-Angebote sorgten auch im Lockdown dafür, dass Bankgeschäfte sicher und vertrauensvoll abgewickelt werden konnten. Die Sparda-Bank München war und ist zu jeder Zeit für ihre Kunden und Mitglieder da – persönlich, telefonisch oder digital. Unsere Services entwickeln wir dabei kontinuierlich weiter. Daran änderte auch die Coronakrise nichts. So freuen wir uns, mit VIMpay im vergangenen Jahr eine Möglichkeit für unsere Kunden geschaffen zu haben, kontaktlos und mobil mit dem Smartphone zu bezahlen. Mit unserem Banking-Angebot

TEO wollen wir künftig die Anforderungen an das Online-Banking von morgen erfüllen und bieten unseren Mitgliedern zudem eine Plattform, die über den Zahlungsverkehr hinaus vielfältige Mehrwerte bietet.

Vieles lässt sich im Alltag nachhaltiger und solidarischer gestalten. Auch das hat uns die Pandemie gezeigt. Die Natur beispielsweise profitiert von dem wesentlich geringeren Verkehrsaufkommen: Mit sieben Prozent im Vergleich zu 2019 konnte bei den CO₂-Emissionen ein deutlicher Rückgang verzeichnet werden.

Gleichzeitig hat der Zusammenhalt in der Gesellschaft – die Erkenntnis, dass sich gemeinsam mehr erreichen lässt als allein – in den vergangenen Monaten spürbar an Popularität gewonnen.

Als erste Gemeinwohl-Bank Deutschlands, die sich seit ihrer Gründung 1930 für die Menschen und die Umwelt in der Region starkmacht, begrüßen wir solche Trends ausdrücklich. Wenn wir bereits einige der Veränderungen, die die Coronapandemie beflügelt hat, beibehalten, sind wir auf dem richtigen Weg. So sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass unsere Welt auch für nachfolgende Generationen so schön und lebenswert bleibt, wie sie ist.

Helmut Lind
(Vorstandsvorsitzender)

Hermann Busch
(Vorstandsmitglied)

Petra Müller
(Vorstandsmitglied)

Silke Schneider-Wild
(Vorstandsmitglied)

Bäume für Oberbayern

Seit 2015 pflanzen wir für jedes neue Mitglied einen Baum in unserem Geschäftsgebiet Oberbayern. Ergänzt durch weitere Aktionen konnten mittlerweile über 95.000 Bäume in der Region Wurzeln schlagen, darunter Eichen, Buchen, Tannen, Hainbuchen, Wildkirschen und Wildbirnen.

Dabei stehen uns die Fachleute der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie der Bayerischen Staatsforsten tatkräftig zur Seite.

**Bäume
insgesamt gepflanzt:**

95.780

**Davon Bäume
für neue Mitglieder:**

81.430

**Davon Bäume im Rahmen
von Social-Media-Aktionen:**

11.500

**Davon Bäume anlässlich
von Malaktionen für Kinder:**

2.850





Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank

Der Klimawandel mit seinen schwerwiegenden Konsequenzen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Weltbevölkerung verbraucht die natürlichen Ressourcen derzeit etwa 1,6-mal schneller, als sie innerhalb eines Jahres wieder nachwachsen können. Forscher warnen seit Jahren davor, dass unsere Welt durch die Erderwärmung aus dem Gleichgewicht gerät. Mehr denn je sind deshalb Unternehmen in der Pflicht, nachhaltige Strategien zu entwickeln und Verantwortung für das eigene Handeln zu tragen.

Aber wie genau können wir unsere Region mitgestalten und das Wohl der Menschen mit einer gesunden Umwelt in Einklang bringen? Diese Fragen spielen in der Sparda-Bank München bereits seit vielen Jahren eine wichtige Rolle. Das genossenschaftliche Fundament, auf dem unsere Bank seit der Gründung 1930 steht, bedingt ein nachhaltiges Handeln auf allen Ebenen – ökologisch, sozial und ökonomisch. Deshalb setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der es nicht um die schnellen Gewinne einzelner Marktteilnehmer, sondern um das Wohl aller Menschen und der Umwelt geht.

Als erste Bank in Deutschland richteten wir unser Handeln nach den Prinzipien der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) aus. Mit der Gemeinwohl-Bilanz haben wir bereits 2010 einen Weg gefunden, unser nachhaltiges Engagement zu messen und weiterzuentwickeln. In der aktuellen GWÖ-Matrix werden anhand von vier Säulen (detaillierte Beschreibung auf den nächsten Seiten) die unternehmerischen und gemeinnützigen Tätigkeiten in Bezug auf verschiedene Berührungsgruppen – Lieferant*innen, Eigentümer*innen und Finanz-Partner*innen, Mitarbeiter*innen, Kund*innen und Mitunternehmen sowie das gesellschaftliche Umfeld – untersucht.

Alle bisherigen Gemeinwohl-Bilanzen der Sparda-Bank München eG sind unter www.zum-wohl-aller.de abrufbar. Hier finden sich detailliert alle Maßnahmen, die in der Bank zugunsten der vier Säulen des Gemeinwohls umgesetzt werden – vom fairen Kaffee über die Offenlegung der Eigenanlagen bis hin zur betriebsökologischen Klimaneutralität.

Die vier Säulen der Gemeinwohl-Bilanz¹

Der Unternehmenserfolg wird auf der Basis von vier Wertesäulen gemessen: Engagement für Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung. Die Inhalte der Säulen stellen wir auf diesen Seiten vor.

Menschenwürde

Die Würde des Menschen ist unantastbar, sagt schon Artikel 1 des Grundgesetzes. Jeder Mensch ist wertvoll, einzigartig und schützenswert, ganz unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder anderen Merkmalen. Auch in der Gemeinwohl-Bilanz nimmt die Menschenwürde eine zentrale Rolle ein. Das bedeutet, dass der Mensch und letztlich jedes Lebewesen über jede Sache und über jegliche Vermögenswerte gestellt werden. Umgesetzt wird dieser Aspekt in der Sparda-Bank München beispielsweise durch das Bewusstsein für Potenziale und den stärkenorientierten Einsatz der Mitarbeiter, oder durch die Selbstverpflichtung zur nachhaltigen Gestaltung der Investmentpolitik.



Solidarität und Gerechtigkeit

Empathie, Wertschätzung und Mitgefühl sowie das Recht auf Chancengleichheit stehen im Fokus der Säule „Solidarität und Gerechtigkeit“. Die entsprechenden Maßnahmen, die in diesem Bereich der Gemeinwohl-Bilanz betrachtet werden, zielen darauf ab, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, Verantwortung zu teilen und schwierige Situationen durch gegenseitige Unterstützung

zu überwinden. So setzt sich die Sparda-Bank München Jahr für Jahr mit Spenden aus ihrem Gewinn-Sparverein auf vielfältige Weise für Projekte – unter anderem in den Bereichen Bildung, Förderung von Familien, Umweltschutz und Altersarmut – ein. Dazu gehört bei der Sparda-Bank München auch die Lohngleichheit für Frauen und Männer sowie die Pflege nachhaltiger Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten.

¹ Quelle: gwoe_arbeitsbuch_5_0_vollbilanz.pdf (ecogood.org).

Ökologische Nachhaltigkeit

Mehr denn je sind Unternehmen heute gefordert, ihren Beitrag zum Schutz von Umwelt und Klima zu leisten und sich ökologisch nachhaltig aufzustellen. Dabei gilt es, Bedürfnisse heutiger Generationen zu erfüllen, ohne dabei zulasten der nachfolgenden Generationen zu handeln – immer im Hinblick auf den gesamten Lebenszyklus eines Produktes bzw. einer Dienstleistung. Bei der Sparda-Bank München bedeutet das unter anderem, dass bei Investitionen – etwa beim Umbau der Filialen oder der Zentrale – auch die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks in die Entscheidung einfließt. Die Bank bezieht 100-prozentigen Ökostrom, reduziert den



Papierverbrauch und erstellt jährlich eine CO₂-Bilanz, um weitere Optimierungspotenziale zu erkennen.

Transparenz und Mitentscheidung



Die Gemeinwohl-Bilanz versteht unter Transparenz die Offenlegung aller Informationen, die für das Gemeinwohl bedeutend sind, beispielsweise die detaillierten Eigenanlagen oder die wirtschaftliche Situation der Bank.

Gleichzeitig wird auf die Mitwirkung der jeweils betroffenen Berührungsgruppen bei Entscheidungen großer Wert gelegt. Betroffene sollen – wann immer möglich – zu Beteiligten gemacht werden, beispielsweise durch Anhörung und Konsultation, durch Vetorecht oder auch durch konsensuale Entscheidungen. Das ist in der Sparda-Bank München bereits von Grund auf durch die genossenschaftliche Unternehmensform gegeben: Die Bank gehört zu 100 Prozent ihren Mitgliedern, die über die Vertreterversammlung aktiv mitgestalten können. Darüber hinaus wird durch Informationen auf vielfältigen Kanälen – beispielsweise im Intranet, im Kundenmagazin, bei Veranstaltungen, in den Unternehmensberichten oder auch in der Gemeinwohl-Bilanz selbst – Transparenz geschaffen.

Wohin soll es künftig gehen?

Derzeit arbeitet die Sparda-Bank München an ihrer fünften Gemeinwohl-Bilanz. Ziel ist es, die Vorreiterrolle als erste Gemeinwohl-Bank Deutschlands weiter auszubauen und den Wandel hin zu einer gemeinwohlorientierten, nachhaltigen Wirtschaft mit entsprechenden Produkten und Dienstleistungen zu bestärken. Die Sparda-Bank München sucht dabei kontinuierlich nach zusätzlichen Wegen, um

- » sich noch mehr auf die Bedürfnisse der Kunden und Mitglieder auszurichten und deren hohe Zufriedenheit auch in Zukunft zu gewährleisten,
- » die Auswirkungen auf die Umwelt weiter zu reduzieren,
- » den Dialog mit ihren wichtigsten Berührungsgruppen weiter auszubauen,
- » die bisherige Betrachtung des Wertschöpfungs- und Lieferantennetzwerks auszuweiten und insbesondere im Hinblick auf die sozialen Kriterien noch stärker zu überprüfen,
- » neue Werte-Kooperationen einzugehen und dadurch bei den relevanten Themen gemeinsam mehr zu erreichen.



Wir danken herzlich ...

- ... unseren **Mitgliedern und Kunden**, die uns über all die Jahre ihr Vertrauen geschenkt haben und in denen wir die wichtigste Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung und das seit Jahren anhaltende Wachstum unserer Bank sehen.
- ... unseren **Mitarbeitern** für ihr nachhaltiges Engagement, ihre Talente und ihre Arbeit – ohne sie wären wir nicht, was wir sind.
- ... dem **Betriebsrat**, der zum Erfolg der Sparda-Bank München eG wesentlich beiträgt.
- ... dem **Aufsichtsrat** für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.
- ... dem **Verband der Sparda-Banken e. V.** für die gute Beratung und Betreuung.
- ... unseren **Kooperationspartnern, den befreundeten Banken, den genossenschaftlichen Verbundunternehmen und allen weiteren Geschäftspartnern** für die angenehmen und harmonischen Geschäftsbeziehungen.

Mehr von der Sparda-Bank München:

Gemeinwohl-Bilanz

Wie die Sparda-Bank München Verantwortung lebt, lesen Sie auf:

www.zum-wohl-aller.de/bilanz

Nachhaltigkeitsbericht

Nach den Standards des Deutschen Nachhaltigkeitskodex

www.zum-wohl-aller.de/nachhaltigkeitsbericht

Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München e. V.

Jahresbericht

www.zum-wohl-aller.de/solidaritaet

CO₂-Bilanz

Unsere aktiven Maßnahmen für eine gesunde Natur für alle:

www.zum-wohl-aller.de/nachhaltigkeit

Jahresabschluss 2020



Zahlen im Überblick

Bilanzsumme (Mio. Euro)

2020	9.309
2019	8.930

Veränderung: +379 Mio. Euro
(+4,2%)

Kundeneinlagen (Mio. Euro)

2020	8.518
2019	8.192

Veränderung: +326 Mio. Euro
(+4,0%)

Kredite an Kunden (Mio. Euro)

2020	5.182
2019	4.883

Veränderung: +299 Mio. Euro
(+6,1%)

Mitglieder

2020	301.358
2019	314.221

Veränderung: -12.863
(-4,1%)

Mitarbeiter

2020	738
2019	763

Veränderung: -25

Filialen

2020	34
2019	40

Veränderung: -6

SB-Center

2020	30
2019	25

Veränderung: +5

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

der Sparda-Bank München eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda Bank München eG wurde 1930 von 33 Eisenbahnern in der Rechtsform der Genossenschaft gegründet. Unser Geschäftsgebiet liegt im Wesentlichen in Oberbayern. Ziel des wirtschaftlichen Handelns unseres Unternehmens ist nicht die Gewinnmaximierung und das kurzfristige Erzielen von Höchstrenditen auf Kosten der Firmensubstanz, sondern auf Dauer die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder (§1 Genossenschaftsgesetz) durch Maximierung des Kundennutzens. Als erste Bank in Deutschland engagiert sich die Sparda-Bank München eG für die Gemeinwohl-Ökonomie. Die Gemeinwohl-Bilanz misst unternehmerischen Erfolg an seinem Beitrag zum Wohl der Gesellschaft. Dazu zählen Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie demokratische Mitbestimmung und Transparenz. Als Genossenschaftsbank für private Kunden (Lohn, Gehalts- und Rentenempfänger) sind wir für unsere Kunden und Mitglieder eine Direktbank mit Filialen. Der Kunde hat die Wahl und entscheidet immer individuell selbst, welchen Zugangsweg zu uns er wann nutzen will. In unseren Geschäftsstellen sind wir persönlich für unsere Kunden da und unser modernes Serviceangebot im Bereich Onlinebanking wird von vielen Kunden geschätzt und aktiv genutzt. Zum Kerngeschäft der Bank gehören alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kunden. Schwerpunkt hierbei ist die Finanzierung von privatem Wohneigentum. Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (231 Mitglieder), der Aufsichtsrat (neun Mitglieder, davon drei Arbeitnehmervertreter) und der Vorstand (vier Vorstandsmitglieder). Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Finanzmärkte

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Coronapandemie lässt Bruttoinlandsprodukt einbrechen

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland stand 2020 im Zeichen einer Krise, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde. Die globale Virusverbreitung sowie die dagegen ergriffenen Maßnahmen ließen die bereits vorher eingetretene konjunkturelle Abschwächung in eine schwere Rezession münden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt brach gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Prozent ein, nachdem es 2019 noch um 0,6 Prozent expandiert war.

Stillstand im Frühjahr und zum Jahresende

In den Monaten März und April kam es bundesweit zu einem weitgehenden Stillstand des Wirtschaftslebens. Hauptgrund hierfür waren Schutzmaßnahmen wie weitreichende Kontaktbeschränkungen und Grenzschließungen, die in Reaktion auf kräftig steigende Infektionszahlen eingeführt wurden und zu Unterbrechungen von Produktions- und Lieferketten führten. Im Mai und den Folgemonaten setzte dann mit der Lockerung dieser Maßnahmen eine merkliche Belebung ein. Zum Jahresende ließen die Auftriebskräfte jedoch spürbar nach, auch wegen nochmals deutlich zunehmender Infektionszahlen, die verschärfte Schutzmaßnahmen erforderlich machten. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Härten der Krise abzufedern, wurden weltweit staatliche Hilfsprogramme aufgelegt. Beispielsweise beschloss die Bundesregierung im März und im Juni große Hilfspakete, die unter anderem eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und eine befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr umfassten.

Stark rückläufiger Privatkonsum

Anders als während der großen Rezession der Jahre 2008/2009 gaben im Rahmen der Coronakrise 2020 nicht nur die Investitionen und der Außenhandel massiv nach, sondern auch der Konsum. Die privaten Konsumausgaben sanken um 6,1 Prozent, so deutlich wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Alleine der außerordentliche Rückgang dieser Ausgaben war rechnerisch für 3,2 Prozentpunkte des BIP-Einbruchs verantwortlich. Dämpfend auf den Privatkonsum wirkten zum einen die Maßnahmen zum Infektionsschutz, welche die Konsummöglichkeiten beispielsweise in der Gastronomie und im Tourismus zeitweise enorm einschränkten. Zudem mussten viele Verbraucher Einkommensverluste hinnehmen, etwa, weil sie von Kurzarbeit betroffen waren oder weil sie arbeitslos wurden. Ferner verdunkelten sich die Konjunktur- und Einkommenserwartungen, was ebenfalls die Ausgabenbereitschaft der Konsumenten einschneidend belastete. Die staatlichen Konsumausgaben legten hingegen zu und wirkten so stabilisierend. Der Staatskonsum wurde um 3,3 Prozent ausgeweitet, befördert unter anderem durch zusätzliche Ausgaben für Krankenhäuser.

Deutlich eingetrübtes Investitionsklima

Vor dem Hintergrund der Coronakrise trübte sich das allgemeine Investitionsklima spürbar ein. Angesichts pandemiebedingt stark zunehmender Unsicherheiten und merklich unterausgelasteter Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe verminderte sich die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und anderen Geräten erheblich. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken teilweise in ähnlich dramatischen Umfang wie im Verlauf der Rezession von 2008/2009. Auf Jahressicht gaben sie um massive 12,1 Prozent nach. Demgegenüber blieb die Baukonjunktur vergleichsweise robust. Die Bauinvestitionen legten erneut zu, mit einer Jahresrate von 1,9 Prozent aber schwächer als im Vorjahr (+3,8 Prozent). Treibende Kraft blieb der Wohnungsbau, der nach wie vor durch den hohen Wohnraumbedarf in den Ballungszentren und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen befördert wurde.

Drastische Verminderung des Außenhandels

Das außenwirtschaftliche Umfeld der deutschen Wirtschaft verschlechterte sich weiter. Der Welthandel, der sich bereits in den Vorjahren im Fahrwasser eskalierender Handelskonflikte und geopolitischer Spannungen deutlich abschwächte, wurde 2020 zusätzlich durch die Pandemiefolgen belastet. Vor allem im zweiten Quartal kam es angesichts globaler Produktions- und Nachfrageausfälle sowie Lieferunterbrechungen zu drastischen Rückgängen im internationalen Warenhandel Deutschlands. Auch der Dienstleistungshandel wurde massiv beeinträchtigt, unter anderem wegen Beschränkungen bei Geschäftsreisen und beim Tourismus. Auf Jahressicht brachen die Exporte um 9,4 Prozent und die Importe um 8,5 Prozent ein. Insgesamt verminderte der grenzüberschreitende Handel das deutsche BIP rechnerisch um 0,9 Prozentpunkte.

Staatlicher Finanzierungssaldo tief im Minus

Nach Überschüssen in den Vorjahren schloss der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo das Jahr 2020 mit einem Fehlbetrag von 139,6 Milliarden Euro ab, was einer Defizitquote von 4,2 Prozent entsprach. Grund für das Defizit waren einerseits die rückläufigen Einnahmen. Unter anderem gaben wegen der vorgenommenen Senkungen der Mehrwertsteuersätze die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz erheblich nach. Andererseits legten die staatlichen Ausgaben kräftig zu, befördert vor allem durch die Coronahilfen des Bundes wie Kurzarbeitergeld für Privathaushalte und Finanzstützen für Unternehmen. Der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, der 2019 noch knapp unter die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent gesunken war, stieg auf rund 70 Prozent. Erste Angaben zur Staatsschuldenquote 2020 werden von der amtlichen Statistik voraussichtlich im April 2021 veröffentlicht.

Arbeitsmarktaufschwung beendet

Die Coronapandemie belastete den Arbeitsmarkt ebenfalls merklich. Der langjährige kontinuierliche Beschäftigungsaufbau kam zum Stillstand, wegen der Krisenfolgen aber auch wegen des zunehmenden demografischen Gegenwindes. Die Anzahl der Erwerbstätigen im Inland sank im Jahresdurchschnitt 2020 um 487 Tausend auf 44,8 Millionen Menschen. Demgegenüber nahm die Arbeitslosenzahl zu, um 429 Tausend auf rund 2,7 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,0 Prozent im Vorjahr auf 5,9 Prozent. Allerdings wäre die Arbeitslosigkeit noch deutlicher gestiegen, wenn die Unternehmen nicht vermehrt das Instrument der Kurzarbeit genutzt hätten. Im Frühjahr 2020 wurde zeitweise für eine Rekordzahl von knapp 6,0 Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt.

Schwächer steigende Verbraucherpreise

Im Zuge der Krise verminderte sich der Preisauftrieb spürbar. Die Inflationsrate, gemessen am amtlichen Verbraucherpreisindex, zeigte im Jahresverlauf einen Abwärtstrend. Sie sank zunächst von 1,7 Prozent im Januar auf knapp 1,0 Prozent während der Frühjahrsmonate. Hauptgrund hierfür waren die krisenbedingt vorübergehend niedrigeren Rohölnotierungen, deren dämpfende Wirkung auf die Inflationsrate nur wenig durch die krisenbedingt höheren Preissteigerungen bei anderen Gütern, etwa bei vielen Nahrungsmitteln, kompensiert wurde. Ab Juli setzte wegen der befristeten Mehrwertsteuersenkung ein weiterer sichtbarer Rückgang ein, der die Inflationsrate zum Jahresende auf –0,3 Prozent drückte. Im Jahresdurchschnitt 2020 stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent und damit deutlich schwächer als im Vorjahr (1,4 Prozent).

Entwicklung an den Finanzmärkten

Finanzmärkte erholen sich rasch von Coronaschock

Die Entwicklung an den Finanzmärkten wurde im vergangenen Jahr maßgeblich vom Verlauf der Coronapandemie beeinflusst. Nach dem erstmaligen Auftreten in China verbreitete sich das Virus zunächst in Asien. In Europa machte sich dies zunächst durch Störungen in den Lieferketten bemerkbar. Mit der weltweiten Ausbreitung des Virus rutschte auch die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession. An den Finanzmärkten herrschte zunächst hohe Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die Aktienkurse brachen dramatisch ein. Anleihen verteuerten sich aufgrund der Aussicht auf zusätzlichen geldpolitischen Stimulus. Auch an den Rohstoffmärkten hinterließ die Pandemie ihre Spuren. Rohstoffpreise gaben spürbar nach. Insbesondere Rohöl verbilligte sich dramatisch. In den USA wurden gar erstmals negative Rohölpreise notiert. Weltweit stützte die Wirtschaftspolitik die Konjunktur durch breit angelegte expansive Maßnahmen. In Europa weitete das Eurosystem insbesondere die Wertpapierkäufe deutlich aus. Neben diverser nationaler Konjunkturprogramme schürte die EU Pakete mit einem Umfang von 500 bzw. 750 Milliarden Euro um die Auswirkungen der Coronapandemie abzufedern bzw. den Wiederaufbau nachhaltig zu gestalten. Die Finanzmärkte erholten sich vergleichsweise rasch von dem Coronaschock. Bereits Ende August übertrafen die weltweiten Aktienkurse (gemessen am MSCI World Index) erstmals wieder das Vorkrisenniveau. Auch die Rohstoffpreise legten im weiteren Jahresverlauf, trotz neuerlicher Anstiege des Infektionsgeschehens in Europa und den USA zum Jahresende sowie neuerlicher Lockdowns, wieder merklich zu.

Eurosystem weitet expansive Maßnahmen deutlich aus

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Geldpolitik im vergangenen Jahr nochmals deutlich expansiver ausgerichtet. Zwar wurden die Leitzinsen nicht verändert. Allerdings weitete das Eurosystem die unkonventionellen Maßnahmen deutlich aus, insbesondere die Wertpapierkäufe. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Wertpapiere im Umfang von netto rund 1.087 Mrd. Euro erworben. Darüber hinaus hat die EZB die Konditionen für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte nochmals attraktiver gestaltet, etwa durch eine Verlängerung des Zeitraums des ausgesprochenen günstigen Zinses für Ausleihungen. Zudem wurden die Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten gesenkt, um Banken den Zugang zu Zentralbankgeld weiter zu erleichtern. Trotz des massiven geldpolitischen Impulses schwächte sich die Inflation im Jahr 2020 pandemiebedingt deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflation im Euroraum bei nur 0,3 Prozent, nach 1,2 Prozent im Jahr 2019. Damit unterschritt die Teuerung das Ziel der EZB von unter, aber nahe 2 Prozent deutlich.

US-Geldpolitik überarbeite geldpolitische Strategie

Die US-Notenbank (Federal Reserve – Fed) hat den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik als Reaktion auf die Coronapandemie deutlich erhöht. Im März wurden das Ziel für die federal funds rate in zwei Schritten von 1,5 bis 1,75 Prozent auf 0 bis 0,25 Prozent gesenkt. Erst bei Erreichen des Inflationsziels von 2 Prozent sollen die Zinsen wieder angehoben werden. Darüber hinaus hat die Fed im Rahmen verschiedener Programme Wertpapiere in erheblichem Umfang erworben. Das Wertpapierportfolio der Fed stieg im vergangenen Jahr um rund 3 Billionen US-Dollar. Neben diesen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur hat die Fed im August ihre neue geldpolitische Strategie vorgestellt, die in den kommenden Jahren zu einer höheren Inflationstoleranz führen wird. Das Inflationsziel bleibt zwar bei 2 Prozent, dieser Wert soll aber im langjährigen Durchschnitt erreicht werden. Auf Phasen eines längeren Unterschreitens des Inflationsziels – wie in den vergangenen Jahren – sollen Phasen mit Preisanstiegen von mehr

als 2 Prozent zugelassen werden, damit das Durchschnittsziel erreicht wird. Die deutliche Ausweitung des geldpolitischen Expansionsgrades erklärt sich durch den dramatischen konjunkturellen Einbruch im Zuge der Coronapandemie. Die wöchentlichen Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung schnellten mit 6,9 Millionen Anträgen Ende März auf ein bisher nicht dagewesenes Niveau. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres lag die Arbeitslosenquote mit 8,1 Prozent deutliche 4,4 Prozentpunkte über dem Durchschnitt des Vorjahres. Die Verbraucherpreise legten um lediglich 1,2 Prozent zu.

Breiter Rückgang der Umlaufrenditen deutscher Bundesanleihen

Im vergangenen Jahr gaben insbesondere am langen Ende der Zinsstrukturkurve die Renditen deutscher Bundesanleihen deutlich nach. Im März wurden gar historische Tiefstände der Umlaufrenditen notiert. Zum Jahresende rentierten Anleihen mit einer Restlaufzeit von dreißig Jahren bei $-0,17$ Prozent, 52 Basispunkte weniger als zum Ende des Vorjahres. Papiere mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten bei $-0,58$ Prozent. Für Papiere mit einer Restlaufzeit von zwei Jahren lag die Umlaufrendite bei $-0,71$ Prozent. Das waren 39 bzw. 11 Basispunkte weniger als zum Ende des Vorjahres. Maßgeblich für diesen breiten Rückgang der Umlaufrenditen dürfte die Coronapandemie und der damit verbundene Einbruch der Konjunktur im Euroraum gewesen sein. Als Reaktion hierauf weitete das Eurosystem insbesondere die Anleihekäufe massiv aus. Eine etwaige Straffung des geldpolitischen Kurses dürfte sich zeitlich deutlich nach hinten verschoben haben. Die Zinsaufschläge von Staatsanleihen anderer Euroraumländer gegenüber deutschen Bundesanleihen hatten sich zum Ende des ersten Quartals aufgrund der gestiegenen Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Entwicklung und der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Krise deutlich ausgeweitet. Im weiteren Jahresverlauf bildeten sich die Zinsaufschläge jedoch wieder zurück. Zum Jahresende lagen diese sogar leicht unter den Vorjahreswerten. Einerseits stieg die Nachfrage nach europäischen Staatsanleihen aufgrund der Ausweitung der Anleihekäufe des Eurosystems. Andererseits ließ die Lastenteilung im Zuge des 500 Milliarden schweren Hilfspaketes und des 750 Milliarden umfassenden NextGenerationEU die Wahrscheinlichkeit neuerlicher Schuldenschnitte im Euroraum geringer erscheinen. In den USA haben die Renditen von Staatsanleihen ebenfalls nachgegeben. Hier sanken insbesondere die Zinsen am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve. Aufgrund der zu Jahresbeginn noch positiven Kurzfristzinsen konnte die Fed auch mit Zinssenkungen auf den konjunkturellen Einbruch reagieren. Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit rentierten zum Jahresende 0,91 Prozent, damit rund 100 Basispunkte weniger als vor Jahresfrist.

Euro wertet spürbar auf

Der Euro hat im vergangenen Jahr deutlich an Außenwert gewonnen. Gegenüber dem US-Dollar wertete der Euro im Jahresverlauf um 9,2 Prozent auf und notierte nach Angaben der EZB zum Jahresende bei 1,23 US-Dollar. Gegenüber den Währungen der 42 wichtigsten Handelspartner des Euroraums gewann der Euro 7,2 Prozent an Wert. Das vergangene Jahr lässt sich dabei grob in zwei Zeiträume unterteilen. Zu Jahresbeginn wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar ab. Bis Mitte Mai gab der Euro um 3,9 Prozent nach und notierte bei 1,08 US-Dollar. Im Zuge der Coronapandemie stieg die Unsicherheit über die weltweite konjunkturelle Entwicklung. Die Nachfrage nach US-Dollar dürfte infolge der Wahrnehmung des US-Dollar als sicherer Hafen deutlich zugenommen haben, was den Wert des Euro im Vergleich zum US-Dollar belastete. Mit sinkenden Infektionszahlen in Europa, der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen und einer deutlichen konjunkturellen Belebung im dritten Quartal dürfte diese Funktion des US-Dollar zunehmend in den Hintergrund geraten sein. Der Euro wertete seither um 13,6 Prozent gegenüber dem US-Dollar auf. Zum Jahresende notierte der Euro bei rund 1,23 US-Dollar. Hierzu dürfte auch die Erwartung steigender Inflation in den USA in Zusammenhang mit der im August verkündeten veränderten Strategie der Fed beigetragen haben. Zudem ließ die Wahl Joe Bidens zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten sowie eine demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus und eine mögliche Mehrheit im Senat ein neuerliches Konjunkturpaket wahrscheinlicher werden. Auch diese dürfte den Außenwert des US-Dollar kurzfristig belastet haben.

DAX nach Talfahrt auf neuem Allzeithoch

Insgesamt war das vergangene Jahr für Aktionäre durchaus rentabel. Der DAX legte im Jahresverlauf um 3,5 Prozent zu und schloss zum Jahresende bei rund 13.719 Punkten. Unterjährig war das Jahr allerdings durch hohe Unsicherheit bezüglich des Verlaufs der Coronapandemie geprägt. Zu Jahresbeginn entwickelte sich der DAX positiv und erreichte am 19. Februar ein neues zwischenzeitliches Allzeithoch von 13.789 Punkten. Mit Ausbruch der

Coronapandemie brachen die Aktienpreisnotierungen jedoch förmlich ein. Am 11. März stufte die WHO COVID-19 als Pandemie ein. Ebenfalls im März einigten sich Bund und Länder auf einen Lockdown in Deutschland. Bis zum 18. März verlor der DAX rund 38,8 Prozent seines Wertes. Im weiteren Jahresverlauf erholte sich der Index jedoch von diesem Einbruch. Zum einen stützte die Wirtschaftspolitik mit einer Vielzahl von Maßnahmen die Konjunktur. Zum anderen konnten Infektionsschutzmaßnahmen aufgrund weniger Neuinfektionen zurückgeführt werden und die Konjunktur zog im dritten Quartal spürbar an. Der erneute Anstieg des Infektionsgeschehens sowie der daraufhin beschlossene Teil-Lockdown ab November, welcher im Dezember verschärft wurde, ließen die Aktienmärkte jedoch nicht erneut einbrechen. Vielmehr beflügelten positive Nachrichten zur Wirksamkeit und Zulassung von COVID-19-Impfstoffen die Aktienpreisnotierungen. Am 28. Dezember schloss der DAX mit 13.790 gar einen Indexpunkt über dem bisher höchsten Tagesendwert von Februar dieses Jahres. Positiv entwickelten sich im vergangenen Jahr insbesondere Werte, deren Güter oder Dienste aufgrund der Pandemie besonders gefragt waren. Die Papiere tourismusnaher Dienstleistungen waren aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen hingegen weniger gefragt. Auch international war die Coronapandemie das beherrschende Thema an den Aktienmärkten. Weltweit brachen die Aktienpreisnotierungen aufgrund der Coronapandemie im ersten Quartal ein. Allerdings unterschied sich die Geschwindigkeit der Erholung über die Länder hinweg erheblich. In den USA etwa schloss der S&P 500 bereits Mitte August wieder über dem Vorkrisenniveau. Zum Jahresende notierte der Index 16,3 Prozent über dem Vorjahresresultimo.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG

Die Geschäftsentwicklung war im Jahr 2020 von der Coronapandemie sowie dem anhaltenden herausfordernden Umfeld aufgrund des Niedrigzinsniveaus geprägt. Der Zinsüberschuss war wie erwartet rückläufig während das Provisionsergebnis (aufgrund der Einführung von Kontoführungsgebühren) ausgebaut werden konnte. Bei Verwaltungsaufwendungen auf dem Niveau des Vorjahres konnte bei einem rückläufigen Bewertungsergebnis ein Jahresüberschuss, der um 8,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegt, erreicht werden.

Im Einzelnen stellt sich der Geschäftsverlauf wie folgt dar:

	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Bilanzsumme	9.309.064	8.930.069	+	378.995	4,2
Außerbilanzielle Geschäfte	379.524	339.760	+	39.764	11,7

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 379 Millionen Euro (+4,2 Prozent) auf 9.309 Millionen Euro. Wie auch schon in den Vorjahren gehört es zu unseren geschäftspolitischen Zielen, Kundenbeziehungen aufzubauen und zu vertiefen. Dadurch konnte unsere Bank ihren Marktanteil in Oberbayern festigen. Die absolute Steigerung der Kundenforderungen konnte wiederum mit der Steigerung der Kundeneinlagen nicht vollständig Schritt halten, sodass überschüssige Liquidität teilweise zu Negativzinsen bei unserer Zentralbank angelegt werden musste.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und aus anderen Verbindlichkeiten zusammensetzen, sind gegenüber dem Vorjahr um 11,7 Prozent angestiegen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Kundenforderungen	5.182.422	4.883.342	+	299.080	6,1
Wertpapiere	256.529	287.711	-	31.182	10,8
Forderungen an Kreditinstitute	3.053.516	3.037.949	+	15.567	0,5

In 2020 konnten die Kundenforderungen um netto 299 Millionen Euro (+6,1 Prozent) ausgeweitet werden. Der Schwerpunkt liegt weiterhin in den Baufinanzierungen, bei welchen eine Steigerung von 6,6 Prozent erreicht werden konnte. Dies erreichen wir insbesondere durch unser umfassendes Beratungsangebot, ein gutes Marktumfeld in unserem Geschäftsgebiet und unsere Konditionsgestaltung. Das Vermittlungsgeschäft konnte hierbei mit 384 Millionen Euro brutto wesentlich zu dieser Steigerung beitragen. Das Volumen der Realkredite konnte um 212 Millionen Euro auf nunmehr 4.207 Millionen Euro erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 5,3 Prozent.

Die Wertpapieranlagen unseres Instituts haben sich von 288 Millionen Euro auf 257 Millionen Euro vermindert. Wie schon in den Vorjahren wurden vorwiegend Direktanlagen bei der DZ BANK AG in Form von Namensschuldverschreibungen getätigt. Aus diesem Grund erhöhten sich im Gegenzug die Forderungen an Kreditinstitute um 16 Millionen Euro von 3.038 Millionen Euro auf 3.054 Millionen Euro. Alle Wertpapiere wurden nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	182.611	181.299	+	1.312	0,7
Spareinlagen von Kunden	1.631.932	1.590.348	+	41.584	2,6
andere Einlagen von Kunden	6.886.351	6.601.996	+	284.355	4,3

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bewegen sich auf Vorjahresniveau (Anstieg um 0,7 Prozent) gestiegen.

Der Bestand anderer Einlagen in Höhe von 6.886 Millionen Euro hat sich um 284 Millionen Euro (+4,3 Prozent) und der Anteil an Spareinlagen in Höhe von 1.631 Millionen Euro um 42 Millionen Euro (+2,6 Prozent) erhöht, während im Vorjahr noch eine Steigerung der Spareinlagen von 95 Millionen Euro (+6,4 Prozent) erfolgte. Das reduzierte Wachstum liegt hierbei darin begründet, dass Spareinlagen aufgrund der bestehenden Zinsniveaus als Neuabschluss nicht mehr angeboten wurden.

Unter Berücksichtigung der Entwicklung am Geld- und Kapitalmarkt und des weiterhin historisch niedrigen Zinsniveaus war die Entwicklung der Kundeneinlagen wie in den Vorjahren von der Nachfrage unserer Kunden nach kurzfristigen Anlagen geprägt.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	8.427	8.030	+	397	4,9
andere Vermittlungserträge	2.039	2.270	-	231	10,2
Erträge aus Zahlungsverkehr	19.694	10.668	+	9.026	84,6

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr konnten mit 19,7 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt werden (+84,6 Prozent). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Einführung neuer Kontomodelle und deren Bepreisung ab dem 01.04.2020.

Die Erhöhung der Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften um 0,4 Millionen Euro (+4,9 Prozent) resultiert aus einer stabilen Nachfrage im Fondsgeschäft.

Die anderen Vermittlungserträge in Höhe von 2,0 Millionen Euro sind gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Millionen Euro gesunken (10,2 Prozent). Ursächlich hierfür waren insbesondere geringere Provisionserträge für die Vermittlung von Versicherungsverträgen.

Investitionen

Die Kosten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen in den Geschäftsstellen Freising und Rosenheim beliefen sich auf 0,2 Millionen Euro. Für Betriebs- und Geschäftsausstattung, insbesondere für die EDV-Ausstattung, wurden 0,8 Millionen Euro ausgegeben.

Personal- und Sozialbereich

Über die Entwicklung der personellen Besetzung geben folgende Zahlen Aufschluss:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung +/-	
Beschäftigte insgesamt	738	763	-	25
davon Teilzeitbeschäftigte	318	328	-	10
davon Auszubildende	25	23	+	2

Seit Januar 2020 liegt unsere Frauenquote im Vorstand bei 50 Prozent, wir übertreffen damit unsere ursprüngliche Zielsetzung von mindestens 20 Prozent. Im Jahr 2020 hat sich unser Personalbestand um 25 Personen vermindert. Für unsere Ausbildungsstellen konnten wir eine erneut gestiegene Bewerberanzahl verzeichnen, die Ausrichtung als Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank wirkt stark in dieser Zielgruppe. Durch den hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften und der hervorragenden Ausgangssituation am Bewerbermarkt erhöhen wir ab 2021 aus strategischen Gründen unser Ausbildungsengagement auf 15 Auszubildende pro Lehrjahr.

Auf den Beginn der Corona-Pandemie konnten wir schnell mit der Schaffung zusätzlicher mobiler Arbeitsformen und der Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle reagieren. In diesem Zusammenhang konnte durch Umsetzung wirksamer Maßnahmen des Corona-Präventionsteams sogar unsere Gesundheitsquote gesteigert werden.

Unsere im Jahr 2020 neu verabschiedete Personalstrategie 2021 bis 2025 ist unter anderem darauf ausgerichtet, dass wir das Potenzial und die Stärken unserer Fach- und Führungskräfte erkennen und weiterentwickeln, digitale Kompetenzen vermitteln, neues Lernen ermöglichen und die Mitarbeitenden in Veränderungsprozessen begleiten. Wir sehen in unserer Unternehmenskultur das entscheidende Differenzierungsmerkmal im Bankenmarkt. Die Folge sind hohe Investitionen in die Entwicklung und Förderung der Menschen, die bei uns arbeiten. Im Kern zielen alle Maßnahmen darauf ab, dass jeder Mitarbeitende für die aktuellen Herausforderungen im Rahmen seiner Stelle gut gerüstet ist und dabei sein volles Potenzial zur Entfaltung bringen kann.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Teil unserer Unternehmenskultur ist ein faires und nachhaltiges Wirtschaften heute und in der Zukunft.

Die Unternehmenskultur der Achtsamkeit in unserer Bank basiert auf gelingenden Beziehungen und unserem Stärkenmanagement, verbunden mit Respekt und Wertschätzung für die Unterschiedlichkeit aller Menschen zum Wohle aller Mitarbeiter, Mitglieder und Kunden der Bank.

Der achtsame Umgang mit der Umwelt und ein damit einhergehendes Bewusstsein bei der Nutzung von Ressourcen ist in unserer Geschäftsstrategie verankert. Dazu erstellen wir regelmäßig eine CO₂-Bilanz.

Für das Berichtsjahr 2020 hat die Sparda Bank München zu allen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren als berichtspflichtiges Unternehmen gemäß des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes eine Entsprechenserklärung auf Basis des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) erstellt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Der konsequenten Ausrichtung als erste Gemeinwohl-Bank Deutschlands folgend, hat die Sparda-Bank München eG zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele im Jahr 2020 die LENA Nachhaltigkeits GmbH gegründet. Ziel des Tochter-

unternehmens ist die Entwicklung und der Aufbau einer Nachhaltigkeitsplattform und dessen Etablierung im Markt. Die Nachhaltigkeitsplattform „LENA – Lieber eine nachhaltige Alternative“ ist eine Plattform und dient als Orientierungsgeber für alle Menschen, die ihr Bedürfnis nach Nachhaltigkeit an einem Ort stillen möchten, unabhängig welches Verständnis sie vom Thema Nachhaltigkeit besitzen. Das Ziel der LENA Nachhaltigkeits GmbH ist es, Produkte, Services & Content auf der Plattform zu vertreiben und zusätzlich durch den „LENA-Nachhaltigkeitskompass“ die Richtung in ein nachhaltigeres Leben aufzuzeigen.

Die Corona-Pandemie hatte direkten Einfluss auf unseren operativen Geschäftsbetrieb. So waren die Servicebereiche in unseren Filialen, resultierend aus der unsicheren Situation im ersten Lockdown, zeitweise überwiegend geschlossen und es erfolgte eine Konzentration auf telefonische und digitale Beratungsangebote. Anfang Mai 2020 erfolgte die Wiedereröffnung der geschlossenen Servicebereiche unter Berücksichtigung umfangreicher Hygienemaßnahmen. Daneben wurden als Folge der Corona-Pandemie die Anzahl mobiler Endgeräte für die Nutzung im Homeoffice und Mobile Work auf 380 erhöht. Damit können wir mehr als 90,0 Prozent der Beschäftigten, in deren Aufgabengebiet Mobile Work möglich ist, ortsflexibles Arbeiten anbieten. Die durchschnittliche tägliche Nutzungsquote liegt bei 25,0 Prozent.

Die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgte aufgrund der besonderen Situation gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie durch den Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG. Resultierend aus der Corona-Pandemie fand zudem die 86. Vertreterversammlung der Sparda-Bank München eG erstmals in einem digitalen Format im Dezember 2020 statt.

Im Dezember 2020 wurden folgende Filialen zu SB-Centern umfunktioniert: München-Lehel, Starnberg, Ingolstadt Süd, Bad Reichenhall, Waldkraiburg und Geisenfeld.

II.3 Lage der Sparda-Bank München eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	101.410	106.548	-	5.138	4,8
Laufende Erträge	12.439	4.381	+	8.058	183,9
Provisionsüberschuss ²⁾	22.159	15.330	+	6.829	44,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	1.815	3.772	-	1.957	51,9
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	45.694	47.089	-	1.395	3,0
b) andere Verwaltungsaufwendungen	53.643	51.095	+	2.548	5,0
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-3.180	4.445	-	7.625	171,5
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	33.007	33.058	-	51	0,2
Außerordentliches Ergebnis	-2.555	-1.799	-	756	42,0
Steueraufwand	8.331	7.997	+	334	4,2
Jahresüberschuss	12.121	13.262	-	1.141	8,6

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2.

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6.

³⁾ GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12.

⁴⁾ GuV-Posten 13-16

Der Zinsüberschuss in Höhe von 101 Millionen Euro war gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Millionen Euro rückläufig. Grund hierfür ist das seit Jahren anhaltende niedrige Zinsniveau. Allein im Darlehensbereich sind die Zinserträge um 5,2 Millionen Euro geringer ausgefallen als im Jahr 2019. Auch die Zinserträge aus Kontokorrentkrediten (–0,6 Millionen Euro) und die Zinseinnahmen anderer Kreditinstitute (–1,0 Millionen Euro) waren im Berichtsjahr rückläufig. Nur ein Teil konnte durch einen um 3,3 Millionen Euro geringeren Zinsaufwand auf der Passivseite ausgeglichen werden. Der Rückgang des Zinsüberschusses konnte jedoch durch die positive Entwicklung der laufenden Erträge kompensiert werden, sodass insgesamt eine Steigerung des Zinsergebnisses von 2,9 Millionen Euro erreicht wurde. Die positive Entwicklung der laufenden Erträge resultiert aus der Steigerung der Erträge an Anteilen an verbundenen Unternehmen. Ursächlich hierfür ist eine Gewinnausschüttung der Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG in Höhe von 10,0 Millionen Euro, welche auf die Übertragung der Hauptstelle der Sparda-Bank München eG an die Sparda München Arnulf II GmbH & Co. KG im Jahr 2019 zurückzuführen ist.

Der Provisionsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Millionen Euro (+44,5 Prozent) gestiegen. Maßgeblich hierfür waren die Provisionserträge, welche im Jahr 2020 aufgrund der Einführung von Kontoführungsgebühren, um 8,9 Millionen Euro gesteigert werden konnten. Demgegenüber standen im gleichen Zeitraum um 2,1 Millionen Euro höhere Provisionsaufwendungen, welche im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für die Kreditvermittlung aufgrund des gestiegenen Vermittlungsvolumens zurückzuführen sind.

Die Verminderung des Personalaufwands um 1,4 Millionen Euro (3,0 Prozent) ist einerseits auf einen allgemeinen Rückgang der Kosten für Gehälter und der damit korrespondierenden sozialen Abgaben (–0,8 Millionen Euro), andererseits auf geringere Zuführungen zu den Urlaubsrückstellungen (–0,3 Millionen Euro) und den Pensionsrückstellungen (–0,2 Millionen Euro) zurückzuführen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Millionen Euro (+5,0 Prozent) erhöht. Grund hierfür sind insbesondere gestiegene Kosten im für den IT-Provider (+3,5 Millionen Euro) und gestiegene Mietaufwendungen (+1,1 Millionen Euro) im Zusammenhang mit der Einbringung der Hauptstelle Arnulfstraße 15 in ein Tochterunternehmen und der anschließenden langfristigen Anmietung derselben (sale-and-lease-back). Demgegenüber konnten insbesondere die Aufwendungen für Beratungsleistungen (–2,0 Millionen Euro) sowie die sonstigen Sachaufwendungen (–0,6 Millionen Euro) aufgrund von Kostensenkungsmaßnahmen sowie Reise- und Übernachtungskosten (–0,3 Millionen Euro) pandemiebedingt reduziert werden.

Die Veränderung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ist u.a. auf höhere Auflösungen von Rückstellungen im Jahr 2019 zurückzuführen. Daneben kam es im Jahr 2020 zu höheren steuerlichen Zinsaufwendungen für frühere Jahre.

Das Bewertungsergebnis setzt sich im Wesentlichen neben Abschreibungen und Erträgen aus dem Kreditgeschäft aus Abschreibungen und Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft zusammen. Insgesamt war das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr wiederum von einem niedrigen Wertberichtigungsbedarf geprägt. Während das Bewertungsergebnis im Vorjahr von der Auflösung einer größeren Einzelwertberichtigung geprägt war, waren im Jahr 2020 um 0,5 Millionen Euro höhere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen im Vergleich zum Jahr 2019 erforderlich. Alle Kredite sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und mit der gebotenen Vorsicht bewertet. Die Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dies führte zu einer Abschreibung in Höhe von 1,0 Millionen Euro. Des Weiteren war eine Abschreibung auf die Beteiligung an unserer Zentralbank im Geschäftsjahr erforderlich (0,8 Millionen Euro).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 2,6 Millionen Euro, die im Zusammenhang mit der IT-Transformation zur Vorbereitung einer Systemintegration stehen.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost Income Ratio – CIR) hat sich unter Berücksichtigung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses von 78,1 Prozent auf 73,8 Prozent verbessert. Grund hierfür ist insbesondere das höhere Zinsergebnis, während die Verwaltungsaufwendungen nur geringfügig angestiegen sind.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr 2020 aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) jederzeit zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung.

Bei Bedarf stehen ausreichend Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB zur Verfügung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	193.321	163.348	+	29.973	18,3
Rücklagen	268.641	255.379	+	13.262	5,2

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die den aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügt. Durch Gewinnthesaurierung und Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 85.000 TEUR (Vorjahr 75.000 TEUR).

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme beträgt 5,83 Prozent (Vorjahr 5,58 Prozent).

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,24 Prozent (Vorjahr: 0,26 Prozent).

Die Kernkapitalquote beläuft sich nach Rücklagendotierung auf 17,6 Prozent (Vorjahr: 18,1 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 18,2 Prozent (Vorjahr: 19,2 Prozent). Die Eigenkapitalausstattung erlaubt weiteres Geschäftswachstum im Rahmen der strategischen Planung in den nächsten Jahren.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 55,7 Prozent.

Sämtliche akuten Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge. Vom Gesamtbestand der Kundenforderungen entfallen 81,2 Prozent (Vorjahr: 81,8 Prozent) auf Realkredite, die aufgrund der dinglichen Sicherung mit einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit behaftet ist.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	1.400	1.383	+	17	1,2
Liquiditätsreserve	255.129	286.328	-	31.199	10,9

Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergeben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag. Bei der Bewertung des Wertpapierbestandes wurden die Marktkurse zum Jahresende zugrunde gelegt.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) setzen wir Zinsderivate zur Absicherung gegen ungünstige Zinsveränderungen ein. Diese Geschäfte wurden vorrangig mit unserer Zentralbank getätigt. Diese Geschäfte wurden zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash Flow Hedges und zur Absicherung bestimmter Wertpapiere als Micro Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der Sparda Bank München eG verlief, trotz einer rückläufigen Ertragslage, angesichts des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie aufgrund der Ausschüttung aus der Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG in Höhe von 10 Millionen Euro insgesamt zufriedenstellend.

Unsere Bank verfügt über eine angemessene, solide Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und an die Liquidität wurden jederzeit eingehalten.

Wie schon in den Vorjahren konnten die thesaurierten Gewinne zur Stärkung des Eigenkapitals beitragen.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand hat im Jahr 2017 gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungspositionen unterhalb des Vorstands (Direktoren, Regionalleitung, Abteilungsleitung und Geschäftsstellenleitung) eine Zielgröße von 28,0 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022 (Bezugszeitraum). Mit der aktuellen Quote wurde die festgelegte Zielgröße für die Führungsebenen erfüllt. Bei vakanten Positionen wird geprüft, ob diese mit qualifizierten Frauen besetzt werden können. In der 2020 neu verabschiedeten Personalstrategie wurde die Zielgröße auf 22,0 Prozent festgesetzt.

Der Aufsichtsrat hat sich ebenfalls mit den gesetzlichen Anforderungen an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen beschäftigt. Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2017 gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 20,0 Prozent festgelegt. Für die Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen sieht das Gremium eine Zielgröße gemäß § 9 Abs. 4 GenG von 33,3 Prozent vor. Die festgelegten Zielgrößen sind jeweils maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022 (Bezugszeitraum). Mit den aktuellen Quoten wurden die festgelegten Zielgrößen für Vorstand und Aufsichtsrat jeweils erfüllt bzw. überschritten.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte kommt dem Management und der Früherkennung von Risiken eine besondere Bedeutung zu. Mittels des Risikomanagementsystems sollen Risiken transparent und steuerbar gemacht werden. Risiken sind zu limitieren, um die Vermögens- und Ertragssituation nicht zu gefährden. Dennoch müssen Risiken eingegangen werden, um die in der Geschäftsstrategie festgelegten Ziele zu erreichen.

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen, sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Die Risikoinventur bildet hierbei den zentralen Baustein im Rahmen der Gesamtbank- und Risikosteuerung. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken unter Berücksichtigung eventueller Intra-, Inter- und Ertragsrisikokonzentrationen. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Steuerungsmethoden. Zur Beurteilung der Risiken wird ein die Risiken begrenzendes Limitsystem eingesetzt. Die Limite sind so festgelegt, dass rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, bevor eine definierte Verlustobergrenze erreicht wird.

Mittels einer strategischen Planung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts hinsichtlich Ergebnisplanung, Risikodeckungspotenzial, Kennzahlen und Limitsystem über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren. Ergänzend erfolgt die Risikoquantifizierung anhand des Risikotragfähigkeitskonzepts. Wir haben ein System eingerichtet, das die Risiken zeitnah erfasst, quantifiziert und auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite orientieren sich am Risikodeckungspotenzial. Die Risiken werden auf Basis der definierten Plan- und Stressszenarien berechnet und den Teillimiten gegenübergestellt. Die daraus ermittelten Limitauslastungen stellen im Rahmen vorab definierter Schwellenwerte unsere Frühwarnindikatoren dar.

Die im Rahmen unserer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsberechnung ermittelten Risikodeckungspotenziale zum Bilanzstichtag betragen 179,0 Millionen Euro. Auf unsere wesentlichen Risikoarten (Marktpreisrisiken, Adressenausfallrisiken und Operationelle Risiken) entfallen insgesamt 72,0 Millionen Euro. Das Limit war somit zu 40,2 Prozent ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Limite stets eingehalten.

Neben dem eingerichteten Management-Informationssystem, welches alle wesentlichen Informationen bündelt, um dem Vorstand jederzeit unter Berücksichtigung der aktuellen Marktentwicklungen ein aktuelles Bild der Risiko- und Ertragssituation zu vermitteln, werden Vorstand und Aufsichtsrat im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. mittels Ad-hoc Berichterstattungen umfassend informiert. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die institutseigene Interne Revision geprüft.

IV.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken umfassen die Gefahr der Abweichung des Werts einer zins-, aktien-, währungs-, edelmetall- und/oder rohstoffpreisrisikotragenden Position von ihrem Erwartungs- bzw. Planwert aufgrund der Schwankung der entsprechenden Marktparameter.

Zinsänderungsrisiken

Wesentlicher Bestandteil des Marktpreisrisikos für unser Institut ist das Zinsänderungsrisiko. Das Zinsänderungsrisiko messen wir monatlich mithilfe von selbst definierten Zinsszenarien (aus Basis historischer Marktentwicklungen), welche im definierten Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt werden. Im Geschäftsjahr bewegte sich das Zinsänderungsrisiko innerhalb des vom Vorstand genehmigten Limits.

Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird das Barwertkonzept eingesetzt. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Die Risiken werden nach der Veränderung des Barwertes des Zinsbuches anhand des Basel II-Koeffizienten (Parallelverschiebung der aktuellen Zinsstruktur um +200 Basispunkte adhoc/–200 Basispunkte adhoc) gemessen. Dieser lag zum Bilanzstichtag unter dem vom Vorstand genehmigten Limit.

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein Rückgang des Zinsbuchbarwertes nur bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-/Passiv-Steuerung setzen wir zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos Zinsswaps, CMS-Swaps, Caps, Swaptions und Floors ein. Zinsänderungsrisiken für die Bank entstehen mittelfristig insbesondere bei einem Anstieg der Zinsstrukturkurve.

Sonstige Marktpreisrisiken

Daneben bestehen Risiken aus Immobilien und Beteiligungen. Aktien- und Währungsrisiken spielen für unser Institut eine untergeordnete Rolle.

Immobilienrisiken

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des Immobilienbestandes durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie.

Unser Immobilienrisiko bezieht sich dabei neben den Immobilien im Eigenbestand auf die gehaltenen Immobilienfonds. Unsere aktuelle Strategie sieht vor, weitere Investitionen in Immobilienfonds zu tätigen. Deshalb wird dieses Risiko als wesentlich deklariert und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Das Risiko aus den gehaltenen Immobilienfonds errechnet sich anhand eines pauschalen Szenarios (99 Prozent Konfidenzniveau, 250 Tage Haltedauer), welches sich aus der Kurshistorie gehaltener und vergleichbarer Immobilienfonds ableitet. Für Immobilienrisiken im Eigenbestand wurde zudem ein jährlicher Überwachungsprozess implementiert.

Beteiligungsrisiko

Aus geschäftspolitischen Gründen unterhalten wir ergänzend zu den Eigenanlagen strategische Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen. Das hieraus resultierende Beteiligungsrisiko ist das Risiko, das die eingegangenen Beteiligungen zu potenziellen Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital oder aus Haftungsrisiken führen können.

Für Beteiligungen werden die Risiken grundsätzlich mit einem Konfidenzniveau von bis zu 100,0 Prozent und einer Haltedauer von 250 Handelstagen gerechnet.

IV.3 Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken bezeichnen die Gefahr einer möglichen negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert einer Position, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall und/oder durch eine Spreadveränderung einer Adresse verursacht werden.

Adressenausfallrisiko Kundengeschäft

Das Adressenausfallrisiko Kundengeschäft ist das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aufgrund eines Ausfalls oder einer Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers. Weitere Elemente des Risikos sind die Nicht- oder Teileinhalten von Verpflichtungen seitens des Vertragspartners sowie das Besicherungsrisiko (Minderung des Wertes der Sicherheiten).

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft, welches auf einem mehrstufigen Verfahren, in dem sowohl portfoliospezifische als auch allgemeine Parameter-Daten als Input berücksichtigt werden, beruht. Als Risikohorizont berücksichtigen wir hierbei bei einem Konfidenzniveau von 99,0 Prozent 12 Monate rollierend.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limiten. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen und Risikoklassen. Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet. Das Adressenausfallrisiko Kundengeschäft bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limits.

Adressrisiko Eigenhandel

Unter dem Adressrisiko Eigenhandel verstehen wir das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aufgrund eines Ausfalls oder Bonitätsverschlechterung eines Emittenten. Das Adressrisiko besteht aus dem Migrations- und dem Spreadrisiko. Das Migrationsrisiko enthält dabei das Adressenausfallrisiko, welches die extremste Ausprägung der Migration darstellt.

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück. Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch ein Simulationsmodell (Konfidenzniveau 99,0 Prozent und Risikohorizont 12 Monate).

Den Risiken aus dem Adressenausfallrisiko Eigenhandel begegnen wir dadurch, dass wir überwiegend Eigenanlagen der genossenschaftlichen Finanzgruppe halten und in der Direktanlage keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir zudem durch ein System interner Strukturlimits, die eine hinreichende Streuung unserer Eigenanlagen gewährleisten.

Länderrisiken

Bei Länderrisiken handelt es sich um Verlustrisiken im Außenwirtschaftsverkehr, etwa aus Finanzgeschäften von Kreditinstituten, welche die Durchsetzung von Forderungen ggü. ausländischen Vertragspartnern bzw. den Kapitaleinsatz und erwartete Gewinne bedrohen. Länderrisiken sind für unser Institut insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

IV.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, illiquide zu werden bzw. höhere Kosten für Liquidität aufwenden zu müssen. Basierend auf dieser grundlegenden Definition wird die Systematisierung des Liquiditätsrisikos differenziert nach dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Risiko, Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht erfüllen zu können – Abruf- und Terminrisiko) und dem Refinanzierungsrisiko (Risiko, nur durch Mehrkosten notwendige Zahlungsverpflichtungen aufrecht halten zu können). Aus unserem Geschäftsmodell resultiert eine inhärente Begrenzung dieser Risiken, da in unserem kleinteiligen Privatkundengeschäft keine größeren Abruf-, Termin- oder Klumpenrisiken vorliegen. Das breit diversifizierte Privatkundengeschäft bedingt stabile und replizierende monatliche und saisonale Zahlungsströme, die eine verlässliche Steuerung der Zahlungsstromrisiken ermöglichen. Die Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund gewährleistet einen zusätzlichen Liquiditätsrückhalt, sodass keine wesentlichen Refinanzierungsrisiken bestehen.

Da das Liquiditätsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse aufgenommen.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen, in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential gedeckt werden kann.

Im Rahmen der formellen Liquiditätssteuerung wird die Zahlungsfähigkeit zudem anhand der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und gemäß den Anforderungen aus den MaRisk überwacht. Bei Unterschreitung der LCR unter einen internen Schwellenwert, sind geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eingerichtet.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen Mindestquoten zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt.

IV.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als Gefahr von Verlusten (im Sinne einer negativen Abweichung von Erwartungs- bzw. Planwert), die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Das wichtigste Ziel des Operationellen Risikomanagements ist es, über eine systematische Risikoidentifikation, Steuerung und Bewertung zu einer Minderung und Vermeidung von Schäden zu kommen. Dabei soll ein kontinuierlicher Prozess in Gang gesetzt werden, der zu höherer Effizienz und Planbarkeit führt und schnell auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann.

Die operationellen Risiken werden in ihrer Höhe im Rahmen einer Expertenschätzung aus den Erfahrungen der Vorjahre abgeleitet und einem definierten Limit gegenübergestellt. Hierzu werden alle operationellen Schäden in einer Schadensdatenbank gesammelt und analysiert. Die konkrete Risikobewertung erfolgt in unserem Institut kategoriebezogen (Mensch, Technologie, Interne Verfahren und Externe Ereignisse). Hierbei werden die Risikohäufigkeit und der zu erwartende Schaden analysiert und bewertet.

Den operationellen Risiken begegnen wir hierbei mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Organisationsanweisungen und der Arbeitsabläufe, interne Kontrollverfahren, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, Rechtsmonitoring, laufende Investitionen in neue und aktualisierte Datenverarbeitungssysteme über den von uns beauftragten IT-Provider, Backup-Einrichtungen, Verwendung rechtlich geprüfter Formulare und Verträge, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision und Begrenzung durch Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

IV.6 Sonstige Risiken

Wesentliche sonstige Risiken bestehen für uns derzeit nicht.

IV.7 Gesamtbild der Risikolage

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung unsere künftige Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Steuerung und Überwachung von Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die

Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage haben können, verfügen wir aus unserer Sicht über ein wirksames Risikomanagement und -controlling. Dies gilt auch unter der Berücksichtigung der Ergebnisse aus Stresstests, die wir entsprechend den Anforderungen der MaRisk für die einzelnen Risikoarten, aber auch risikoartenübergreifend durchführen.

Zusammenfassend ist die Risikolage nach dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses als günstig einzustufen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Der Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen sowie Erwartungen und Prognosen. Diese basieren auf den uns zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegenden Informationen, die wir nach sorgfältiger Prüfung als zuverlässig erachtet haben. Eine Verpflichtung zur Aktualisierung aufgrund neuer Informationen und künftiger Ereignisse nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen wir nicht. Aus diesen zukunftsgerichteten Aussagen, Erwartungen und Prognosen haben wir unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen abgeleitet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass alle unsere auf die Zukunft bezogenen Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Unwägbarkeiten verbunden sind und auf Schlussfolgerungen basieren, die künftige Ereignisse betreffen. Diese hängen von Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren ab, die außerhalb unseres Einflussbereichs stehen. Derartige Entwicklungen können sich unter anderem aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Wettbewerbssituation, der Entwicklung an den Kapitalmärkten, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie aus anderen Risiken ergeben. Damit können tatsächlich in der Zukunft eintretende Ereignisse gegebenenfalls erheblich von unseren in die Zukunft gerichteten Aussagen, Erwartungen, Prognosen und Schlussfolgerungen abweichen. Für deren Richtigkeit und Vollständigkeit beziehungsweise für das tatsächliche Eintreten der gemachten Angaben können wir daher keine Haftung übernehmen.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird nach den Einschätzungen der Konjunkturexperten bei ca. 3,0 Prozent liegen. Es ist davon auszugehen, dass die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal noch deutlich durch die Pandemie beeinträchtigt wird. Im weiteren Verlauf, insbesondere nach Stabilisierung der pandemischen Lage durch die Impfung größerer Bevölkerungsgruppen und der Rücknahme der Einschränkungen des öffentlichen Lebens, dürfte die Konjunktur wieder Fahrt aufnehmen.⁵

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften werden, neben der weiteren Auswirkungen aus der Corona-Pandemie, nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von der anhaltenden Niedrigzinsphase, dem verstärkten Wettbewerb, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, steigendem Margendruck und den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Trend der Digitalisierung geprägt sein.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf

In Erwartung einer weiterhin positiven regionalen Wirtschaftsentwicklung sowie bedingt durch das niedrige Zinsniveau gehen wir für das nächste Geschäftsjahr von einem um ca. 4,6 Prozent netto steigenden Kundenkreditgeschäft aus. Beim Einlagengeschäft erwarten wir eine Steigerung in Höhe von ca. 3,0 Prozent netto.

Im Jahr 2020 haben wir im Eigenanlagenbereich unsere Ziel-Allokation im Rahmen eines Asset Allokations-Prozesses definiert. Auf Basis dessen werden wir im Jahr 2021 die Positionen in nicht zinstragenden Anlagen ausbauen.

Im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir stark steigende Absatzzahlen, die sich positiv auf das Provisionsergebnis auswirken werden.

⁵ Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2021, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Seite 107.

Voraussichtliche Lage

Wir rechnen aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase mit einem weiteren deutlichen Rückgang des Zinsergebnisses, insbesondere im Kundengeschäft. Ein Zinsanstieg würde sich in den nächsten Jahren positiv auf unsere Ertragslage auswirken, während sich bei gleichbleibenden oder noch weiter sinkenden Zinsen eine Belastung des Zinsertrags ergäbe.

Das weiterhin rückläufige Zinsergebnis wird durch das höhere Provisionsergebnis teilweise kompensiert. Insbesondere sollen die erwarteten steigenden Absätze im Versicherungs-, Wertpapier-, und Bausparbereich zu höheren Provisionseinnahmen führen.

Im betrachteten Geschäftsjahr wird im Vergleich zum Jahr 2020 mit geringfügig steigenden Personalaufwendungen gerechnet, welche auf allgemeine Gehaltssteigerungen für Fachspezialisten und die Besetzung der derzeit offenen Stellen zurückzuführen sind.

Bei den Verwaltungsaufwendungen rechnen wir aufgrund hoher Aufwendungen im IT-Bereich, resultierend aus der Transformation unseres IT-Providers, mit steigenden Kosten. Durch die Einführung eines konsequenten Sachkostenmanagements können diese Aufwendungen in 2021 teilweise kompensiert werden, während diese in den Folgejahren eine nachhaltige Reduktion der Verwaltungsaufwendungen bedingen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst, daher gehen wir bei der Einzelrisikovorsorge für das Kreditgeschäft von einem anhaltend niedrigen Niveau aus.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der genossenschaftlichen Zentralbank sowie der Deutschen Bundesbank auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Ein angemessenes Eigenkapital nimmt nach wie vor eine unverzichtbare Stellung für unsere Geschäftspolitik ein. Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel. Wir gehen davon aus, dass die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote eingehalten werden.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir – trotz des herausfordernden Umfelds – eine noch zufriedenstellende Entwicklung des Geschäftsverlaufs und der Lage unseres Instituts, in welcher die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität gewährleistet werden.

Wir erwarten für das betrachtete Geschäftsjahr ein leicht rückläufiges Ergebnis, da der Rückgang des Zinsergebnisses aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, insbesondere im Kundengeschäft, nicht vollständig durch den Ausbau des Provisionsergebnisses und durch Kosteneinsparungen kompensiert werden kann.

Risiken

Wesentliche Risiken für die Ertragslage bestehen im kommenden Jahr bei einer schlechteren Konjunktorentwicklung als prognostiziert, die zu einer rückläufigen Geschäftsentwicklung führen könnte und bei einer weiteren Abflachung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte. Daneben können höhere Abschreibungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie aufgrund einer höheren Arbeitslosigkeit das Bewertungsergebnis negativ beeinflussen.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr durch die weitere Differenzierung von den klassischen Universalbanken durch unsere konsequente gemeinwohlorientierte Geschäftsausrichtung sowie die Weiterentwicklung der Zielausrichtung der Bank in neue digitale Märkte. Ein weiterhin anhaltendes niedriges Zinsniveau könnte sich positiver auf die Kreditnachfrage auswirken als die von uns prognostizierte Entwicklung im Kreditgeschäft.

VI. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

München, 19.04.2021

Sparda-Bank München eG
Der Vorstand



Helmut Lind
(Vorstandsvorsitzender)



Hermann Busch
(Vorstandsmitglied)



Petra Müller
(Vorstandsmitglied)



Silke Schneider-Wild
(Vorstandsmitglied)

B. Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Mitglieder der Sparda-Bank München,

der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Über das Ergebnis der Prüfung nach § 53 GenG haben Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung beraten. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Sparda-Bank München eG regelmäßig überwacht.

Inhalte der Aufsichtsratsstätigkeit 2020

In den regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse berichtete der Vorstand über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, das Risiko- und Liquiditätsmanagement sowie über wichtige Entscheidungen und besondere Ereignisse. Abweichungen der Geschäftsentwicklung von den Plänen wurden uns detailliert erläutert. Darüber hinaus wurden wir ausführlich über die Kapitalmarktsituation und aktuelle Einflüsse im europäischen Zins- und Währungsraum informiert. Die vom Vorstand unterbreiteten Beschlussvorschläge wurden vom Aufsichtsrat intensiv beraten und sorgfältig geprüft. Der Aufsichtsrat nahm hierbei seine Überwachungsfunktion wahr und stand dem Vorstand in einem konstruktiven Dialog beratend zur Seite.

Als Aufsichtsratsvorsitzender stand ich darüber hinaus mit dem Vorstand und insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden in regelmäßigem Informations- und Gedankenaustausch und informierte mich über die aktuelle Entwicklung der Geschäfte und die wesentlichen Geschäftsvorfälle. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über wesentliche Entwicklungen, auch zwischen den Sitzungen.

In gesonderten Strategiesitzungen haben wir zudem die strategische Ausrichtung, die Perspektiven und die künftige Ausrichtung einzelner Geschäftsfelder mit dem Vorstand besprochen. Des Weiteren haben wir unter Einbindung der Geschäftsleitung bei den jeweiligen Beauftragten für Compliance, Geldwäsche und Risikocontrolling sowie der Leitung der Internen Revision im Rahmen der Ausschusssitzungen bzw. bei Jour-fixe-Terminen entsprechende Auskünfte eingeholt.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die

- » Geschäfts- und Risikostrategie sowie die strategischen Planungen
- » Finanz- und Risikosituation
- » IT-Strategie: Neuausrichtung des IT-Providers
- » Prüfungs- und Jahresberichte
- » Vergütungssysteme
- » Tochterunternehmen und Beteiligungen

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck von der Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher eine gute Entwicklung und die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Sparda-Bank München bestätigen.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichterstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht. Regelmäßig wurde der Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert. Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden eingehalten.

Im Geschäftsjahr 2020 fanden neun reguläre Aufsichtsratssitzungen (inkl. einer Klausursitzung) sowie zwei außerordentliche Sitzungen gemeinsam mit dem Vorstand statt, zusätzlich fünf Aufsichtsratssitzungen ohne Vorstand inkl. einer Klausursitzung ohne Vorstand. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrates haben wir im Jahr 2020 mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich Verhaltensstandards für eine verantwortungsvolle Aufsichtsrats Tätigkeit gegeben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben sich mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Gemäß KWG hat der Aufsichtsrat eine Genderstrategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat entwickelt und entsprechende Ziele festgelegt. Der Aufsichtsrat besteht aktuell aus neun Mitgliedern, davon drei Frauen.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personal- und Hauptausschuss, einen IT-Ausschuss und einen Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung eingerichtet.

Auch im Geschäftsjahr 2020 unterstützten die Ausschüsse den Aufsichtsrat intensiv und nahmen ihre Entscheidungsbefugnisse gemäß Geschäftsordnung wahr, soweit dies gesetzlich zulässig oder anderenfalls konkret gefordert ist. Über den Inhalt und die Beschlusslagen aus den Sitzungen der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen durch die jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig informiert.

Der Personal- und Hauptausschuss des Aufsichtsrats hat im Berichtsjahr insgesamt sieben Sitzungen abgehalten. Themen waren unter anderem personelle Vorstandsangelegenheiten sowie die personellen Veränderungen im Vorstand, Mandatstätigkeiten der Vorstände in anderen Unternehmen, das Vergütungssystem für den Vorstand, die Auswertung der durchgeführten Effizienzprüfung des Aufsichtsrats.

Der Prüfungsausschuss widmete sich in sechs Sitzungen den Berichten der Internen Revision, der Compliance und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der Prüfungsplanung, den Ergebnissen und dem Bearbeitungsstand der Feststellungen aus externen Prüfungen sowie der Jahresabschlussprüfung.

Der Kreditausschuss tagte im Berichtsjahr in insgesamt 10 Sitzungen und hat sich mit diversen fachlichen Kreditthemen beschäftigt sowie die ihm vorgetragenen Kreditanträge teilweise intensiv diskutiert und abschließende Genehmigungen erteilt.

Der Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung widmete sich in vier Sitzungen ausführlich den quartalsweisen Risikoberichten, der Risikotragfähigkeit und der Risikoauslastung und allgemein dem Risikomanagementsystem der Bank. Des Weiteren wurden die Ertragsprognose, die strategische Planung, Veränderungen im Kunden- und Eigenanlagengeschäft sowie Anpassungen in der Risikostrategie erörtert.

Der IT-Ausschuss widmete sich in vier Sitzungen den Veränderungen durch die Neuausrichtung des IT-Providers sowie weiteren IT-Themen.

Jahresabschluss

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2020, der Lagebericht – unter Einbeziehung der Buchführung – die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung wurden vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hierüber wird in der ordentlichen Vertreterversammlung berichtet.

Dies umfasst auch den für unseren Abschlussprüfer besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung von Kundenforderungen“.

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben umfangreich zur ordnungsgemäßen Rechnungslegung beigetragen. Es fand ein ausführliches Eröffnungsgespräch zwischen Prüfungsleiter und Aufsichtsratsvorsitzendem und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses statt. Die Prüfungsschwerpunkte des Abschlussprüfers wurden dabei erörtert. Der Aufsichtsrat hat sich von der Unabhängigkeit und von der Einhaltung des Verbots unzulässiger Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer überzeugt. Es bestehen angemessene Prozesse und Maßnahmen zur Qualitätssicherung und es erfolgt regelmäßig eine externe Qualitätskontrolle (Peer Review).

Der Abschlussprüfer hat in einer gemeinsamen Schlussitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 19. Mai 2021 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse berichtet (§ 57 Abs. 4 GenG). Der Prüfer stand für Auskünfte zur Verfügung.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat den Prüfungsbericht rechtzeitig erhalten und zur Kenntnis genommen (§ 58 Abs. 3 GenG). Der fachlich dafür zuständige Prüfungsausschuss hat sich mit dem Prüfungsbericht kritisch auseinandergesetzt und über die Prüfungsergebnisse unter Einbeziehung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte umfassend beraten (§ 58 Abs. 4 GenG).

Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zuzustimmen. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Vorschlag des Vorstandes zu erheben, den Jahresabschluss sowie den Lagebericht und den Nichtfinanziellen Bericht zu billigen und sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresergebnisses anzuschließen.

Der Aufsichtsrat hat nach umfassender Beratung keine Einwände gegen das Prüfungsergebnis erhoben. Er hat den aufgestellten Jahresabschluss nebst Lagebericht der Bank sowie den gesonderten Nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB für das Berichtsjahr geprüft und gebilligt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird der Vertreterversammlung bekannt gegeben.

Der Aufsichtsrat beabsichtigt, gemäß § 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in seiner Sitzung am 21. Juni 2021 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 festzustellen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresergebnisses zu beschließen.

Verhaltenskodex der Sparda-Bank München eG

Die Sparda-Bank München eG hat bereits bei ihrer Gründung am 10. Oktober 1930 durch die Rechtsform der Genossenschaft eine klare Position zum nachhaltigen Wirtschaften eingenommen. Für alle Mitarbeiter der Sparda-Bank München eG ist faires und ehrliches Wirtschaften heute und in Zukunft eine ethische Maxime und echte Herzensangelegenheit.

Die Sparda-Bank München eG will ein positives Beispiel für eine am Gemeinwohl orientierte Art des Wirtschaftens sein und ist derzeit Deutschlands einzige Bank, die regelmäßig eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt und veröffentlicht.

Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG haben sich daher zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichtet, der unser Handeln in dieser Weise bestimmt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 16. Dezember 2020 Herrn Berthold Ottmann als Vorsitzenden sowie Herrn Kurt Dobrauer als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bestätigt.

Frau Monika Steiner ist nach neunjähriger Tätigkeit im Aufsichtsrat mit Ablauf der Vertreterversammlung aus diesem Gremium ausgeschieden. Der Aufsichtsrat dankt Frau Steiner für ihr Engagement, das sie zum Wohle der Sparda-Bank München eG erbracht hat. Zum Nachfolger von Frau Steiner wurde mit Ablauf der Vertreterversammlung Herr Thorsten Weinert in den Aufsichtsrat gewählt.

In diesem Jahr scheidet turnusgemäß Frau Dr. Petra Plininger und Herr Kurt Dobrauer aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern ist gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung zulässig.

Der Aufsichtsrat unterstützt aktiv die Positionierung zum Gemeinwohl und damit die Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und der Unternehmenskultur der Sparda-Bank München eG auf allen Ebenen. Damit legt er eine wertvolle Basis für die Herausforderungen der Zukunft. Durch ihr konsequentes Voranschreiten hierbei wird die Bank ihre Zukunftsfähigkeit sichern.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, den Arbeitnehmervertretungen, den Tochterunternehmen und dem gesamten Vorstand für ihre erfolgreiche Arbeit und ihr vorbildliches Engagement.

Eine besondere Danksagung gebührt den Vertretern und Mitgliedern, Kunden und Geschäftspartnern für das der Bank entgegengebrachte Vertrauen und ihre Treue.

Der Aufsichtsrat

München, im Juni 2021

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Berthold Ottmann

1. Jahresbilanz zum 31.12.2020

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			31.805.112,52		42.124
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	658.550.455,85		658.550.455,85		558.832 (558.832)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	690.355.568,37	–
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–		–		– (–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			755.902.626,11		500.334
b) andere Forderungen			2.297.613.009,31	3.053.515.635,42	2.537.615
4. Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite	4.206.588.462,32 –			5.182.422.276,61	4.883.342 (3.994.203) (–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–			– (–)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–	–		– (–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.437.296,00	2.437.296,00			2.431 (2.431)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	115.596.110,05	134.091.403,21	136.528.699,21		205.281 (136.792)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	–		–	136.528.699,21	– (–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				120.000.023,75	80.000
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten	– –		48.646.429,33		49.463 (–) (–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften darunter: bei Kreditgenossenschaften bei Finanzdienstleistungsinstituten	2.280.092,00 –		2.286.352,00	50.932.781,33	2.286 (2.280) (–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten	– –			27.798.530,64	24.825 (–) (–)

9. Treuhandvermögen darunter: Treuhandkredite	1.062,64			1.062,64	4 (4)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				–	–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			866.695,00		903
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	866.695,00	–
12. Sachanlagen				32.628.715,50	33.883
13. Sonstige Vermögensgegenstände				10.178.981,76	7.799
14. Rechnungsabgrenzungsposten				3.835.225,15	947
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
17.				–	–
Summe der Aktiva				9.309.064.195,38	8.930.069

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			500.000,00		478
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			182.111.276,57	182.611.276,57	180.822
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen			–		–
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.631.924.461,41			1.590.342
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		7.565,73	1.631.932.027,14		7
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		6.857.651.684,98			6.538.306
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		28.699.108,67	6.886.350.793,65	8.518.282.820,79	63.689
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	–		–	–	(–)
	–				(–)
3a. Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten darunter: Treuhandkredite	1.062,64			1.062,64	4 (4)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.231.525,01	6.844
6. Rechnungsabgrenzungsposten				1.454.253,54	2.118
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			36.596.867,00		34.081
b) Steuerrückstellungen			1.582.914,93		60
c) andere Rückstellungen			11.720.369,30	49.900.151,23	11.829
8.				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				–	–
10. Genussschaftskapital darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–			–	(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–			85.000.000,00	75.000 (–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			193.321.076,00		163.348
b) Kapitalrücklage			–		–
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		69.000.000,00			67.000
cb) andere Ergebnisrücklagen		199.640.606,83			188.379
cc)		–	268.640.606,83		–
d) Bilanzgewinn			6.621.422,77	468.583.105,60	7.762
Summe der Passiva				9.309.064.195,38	8.930.069

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			2.890.482,04		4.108
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	2.890.482,04	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–		376.633.330,12	376.633.330,12	335.652 (–)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2020

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		118.325.793,66			125.069
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		474.094,98	118.799.888,64		2.185
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	1.840.114,74				(2.768)
2. Zinsaufwendungen					
darunter: erhaltene negative Zinsen	139.162,69		-17.390.298,27	101.409.590,37	-20.706 (34)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			1.502.704,98		1.500
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			936.217,96		2.881
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			10.000.000,00	12.438.922,94	–
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–	–
5. Provisionserträge			30.383.669,06		21.437
6. Provisionsaufwendungen			-8.224.455,41	22.159.213,65	-6.107
7. Nettoertrag des Handelsbestands				–	–
8. Sonstige betriebliche Erträge				9.427.184,15	8.460
9.				–	–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-38.619.799,69			-39.555
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	-630.490,52	-7.074.010,23	-45.693.809,92		-7.534 (-831)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-53.642.784,04	-99.336.593,96	-51.095
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.298.267,17	-3.235
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-7.612.620,30	-4.687
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-3.289.410,60			(-3.794)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					
			-2.488.919,73		–
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-2.488.919,73	3.971
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					
			-691.408,93		–

16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-	-691.408,93	474
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme					-	-
18.					-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit					33.007.101,02	33.058
20. Außerordentliche Erträge				-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-2.554.848,68		-1.799
22. Außerordentliches Ergebnis					-2.554.848,68	(-1.799)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				-8.237.597,58		-7.905
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen				-93.231,99	-8.330.829,57	-92
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					-10.000.000,00	-10.000
25. Jahresüberschuss					12.121.422,77	13.262
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					-	-
					12.121.422,77	13.262
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen						
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-	-
					12.121.422,77	13.262
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen						
a) in die gesetzliche Rücklage				-2.000.000,00		-2.000
b) in andere Ergebnisrücklagen				-3.500.000,00	-5.500.000,00	-3.500
					6.621.422,77	7.762
28a.					-	-
29. Bilanzgewinn					6.621.422,77	7.762

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank München eG, München, ist beim Amtsgericht München unter der Genossenschaftsregister-Nummer 1304 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

Die Bilanz wurde unter teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zinsanteilig aufgelöst wurde.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Gemäß dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht wurden Zins- und Tilgungsansprüche aus Verbraucherdarlehen, die im Zeitraum zwischen dem 01. April 2020 und dem 30. Juni 2020 fällig waren, kraft Gesetzes für drei Monate gestundet, wenn der Verbraucher aufgrund der durch die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hervorgerufenen außergewöhnlichen Verhältnisse Einnahmeausfälle hatte, die dazu führten, dass ihm die Erbringung der geschuldeten Leistung nicht zumutbar war („gesetzliches Moratorium“). Sofern Kunden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, wurde der vertraglich auf den Zeitpunkt des gesetzlichen Moratoriums entfallende und entstandene Zinsanspruch für den Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung aktiviert und als Zinsertrag in der GuV-Rechnung ausgewiesen.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Die als strukturierte Produkte bezeichneten Vermögensgegenstände werden, soweit sie lediglich ein Zinsänderungs- und Emittentenrisiko enthalten, als ein einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert und bewertet.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Software wurde unter der Bilanzposition Immaterielle Anlagewerte ausgewiesen.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. Im Jahresabschluss 2017 wurde letztmalig ein Sammelposten gebildet und auf fünf Jahre linear aufgelöst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Beteiligungen und Sonstige Verbindlichkeiten, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang der latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs.1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung sowie Zuschlägen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Die Rückstellungen aus Altersteilzeit-Vereinbarungen wurden in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts bemessen. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen wurden, sofern relevant 2,5 Prozent und als Rententrend 2,0 Prozent angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für Altersteilzeitrückstellungen wurden, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen. Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 2,31 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des per September 2020 prognostizierten Zinssatzes der Deutschen Bundesbank). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 4.456.041 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Bei Altersverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1.737.244 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 1.545.153 EUR. Dies entspricht dem beizulegenden Zeitwert der zu verrechnenden Schulden.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 10,5 TEUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2020 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 376.633 TEUR betreffen im Wesentlichen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips bewertet. Dienen sie jedoch der Absicherung bilanzieller oder außerbilanzieller Posten, werden Bewertungseinheiten gebildet, sofern hierfür die erforderlichen Voraussetzungen nach § 254 HGB vorliegen.

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbeurteilung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands)

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs/ Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagevermögen	3.127.431	62.550	-	a) - b) -	3.189.981	866.695	903.202
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	33.047.229	167.427	-	a) - b) -	33.214.656	26.931.511	27.276.068
b) Betriebs und Ge- schäftsausstattung	42.446.326	810.563	-	a) 1.517.481 b) -	41.739.408	5.697.205	6.607.159
a	78.620.986	1.040.540	-	a) 1.517.481 b) -	78.144.045	33.495.411	34.786.429

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zu- gängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
Immaterielle Anlagevermögen	2.224.229	-	-	-	99.057	-	2.323.286
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	5.771.161	-	-	-	511.984	-	6.283.145
b) Betriebs und Ge- schäftsausstattung	35.839.167	-	1.484.190	-	1.687.226	-	36.042.203
a	43.834.557	-	1.484.190	-	2.298.267	-	44.648.634

	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Schuldscheindarlehen/ Namenspapiere	2.379.000.000	-210.000.000	2.169.000.000
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.400.000	-	1.400.000
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	51.813.627	-880.846	50.932.781
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.346.383	2.452.148	27.798.531
b	2.457.560.010	-208.428.698	2.249.131.312
Summe a und b	2.536.180.996		2.282.626.723

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 2.542.323.477 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	8.206.565	40.000.000	820.000.000	1.375.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	72.988.212	229.631.966	1.137.448.948	3.718.791.352

In den Forderungen an Kunden sind 23.561.799 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 30.137.303 EUR fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	200.425.211	150.532.934

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	9.000.000	–

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A6):

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Renditeerwartung	120.000.024	121.945.702	1.945.678	1.502.705	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda-ImmoFin-GmbH i.L. Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2020	152.148	2020	-26.717
b) NaturTalent Stiftung gGmbH Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2019	531.310	2019	121.987
c) NaturTalent Beratung GmbH Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2020	318.814	2020	-72.832
d) Sparda München Verwaltungs GmbH Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2020	415.315	2020	5.490
e) Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2020	60.897.481	2020	1.285.865
f) Sparda München Arnulf II GmbH & Co. KG Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2020	70.038.209	2020	1.736.493
g) LENA Nachhaltigkeits GmbH Arnulfstraße 15, 80335 München	100,00	2020	2.795.208	2020	-204.792

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) SUMMACOM GmbH & Co. KG Kastanienweg 11–13, 66386 St. Ingbert	12,15	2019	3.936.539	2019	-52.942
b) DZ Beteiligungs GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart	0,71	2020	3.191.383.755	2020	-216.481
c) Wealthcap Spezial AIF 4 GmbH & Co. geschlossene Investment KG Am Tucherpark 3, 80538 München	9,87	2020	222.825.375	2020	7.711.174
d) COMECO GmbH & Co. KG Rotebühlplatz 8, 70173 Stuttgart	12,14	2019	24.398.147	2019	-31.419.518

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	136.528.699	130.144.192	6.384.507	–

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	25.925.183
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.697.205

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche	5.241.967
Provisionsforderungen an Union Investment	3.565.032

- Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:
Prämien für Swaptions und einen Cap in Höhe von 903.920 EUR
Abgrenzungsposten für Sachaufwendungen in Höhe von 2.931.305 EUR

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 3 Forderungen gegenüber Kreditinstituten	4.000.232	4.000.424
A 5 Festverzinsliche Wertpapiere	1.400.000	1.383.042

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 180.521.341 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	5.806.810	8.178.250	41.573.166	126.553.051
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	7.566	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	11.456.498	15.256.709	1.941.934	43.968

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten aus offenen Rechnungen	1.044.510
Abführung Lohn- und Kirchensteuer	680.004

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 184.830 EUR (Vorjahr: 236.880 EUR) enthalten.

Ferner sind hier enthaltene Prämien für Floors in Höhe von 1.269.424 EUR enthalten

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	70.682

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.055.537	1.372.428

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben		EUR
a) der verbleibenden Mitglieder		184.806.908
b) der ausscheidenden Mitglieder		7.095.972
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		1.418.196
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	–

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2020	67.000.000	188.378.516
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	–	7.762.091
– aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	2.000.000	3.500.000
Stand 31. Dezember 2020	69.000.000	199.640.607

Der Vorstand schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2.000.000 EUR in die gesetzliche Rücklage und 3.500.000 EUR in die anderen Ergebnismrücklagen vorweg einzustellen. Ferner wird vorgeschlagen, von dem verbleibenden Bilanzgewinn weitere 3.555.116,43 EUR in die anderen Ergebnismrücklagen zuzuführen.

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,750 %	3.066.306,34
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	–
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3.555.116,43
Insgesamt	6.621.422,77

Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2020

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 4.456.041 EUR.

- Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die gebildeten Bewertungseinheiten:

Vermögensgegenstände		Micro-Hedges	Portfolio-Hedges	Macro-Hedges	Summe
		EUR	EUR	EUR	EUR
Abgesichertes Risiko Wertpapiere und Forderungen aus Schuldscheindarlehen	Zinsrisiko	110.000.000	–	–	110.000.000
Summe Vermögensgegenstände		110.000.000	–	–	110.000.000

Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgte nach der Einfrierungsmethode.

Bei den gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um perfekte Micro Hedges. Zur Messung der Wirksamkeit wird daher die „Critical Term Match“-Methode angewandt. Die Grund- und Sicherungsgeschäfte stimmen in allen wesentlichen bewertungsrelevanten Geschäftsmerkmalen überein. Somit kann keine wesentliche Ineffektivität bis zur Fälligkeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte vorliegen. Auf eine rechnerische Ermittlung der retrospektiven Effektivität zum 31. Dezember 2020 kann somit verzichtet werden.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Zinsswaps in Höhe von 463,0 Millionen EUR, Swaptions in Höhe von 80,0 Millionen EUR, Floors in Höhe von 55,0 Millionen EUR, und ein Cap in Höhe von 25,0 Millionen EUR. Die Termingeschäfte wurden im Wesentlichen zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cashflow-Hedges und zur Absicherung bestimmter Wertpapiere als Micro-Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

(einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate und einschließlich der in strukturierte Finanzinstrumente eingebetteten und getrennt bilanzierten Derivate)

Zinsbezogene Geschäfte	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1-5 Jahre	> 5 Jahre			
Angaben in Mio. EUR						
OTC Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	60,0	283,0	120,0	463,0	–20,2	11,4
Zinsoptionen – Käufe	55,0	50,0	–	105,0	4,7	5,8
Zinsoptionen – Verkäufe	–	55,0	–	55,0	–2,7	

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Der theoretische Marktwert der Zinsoptionen wird mit Hilfe der Black-Formel für europäische Zinsoptionen gerechnet. In das Bewertungsmodell fließen Marktzinssätze sowie handelsübliche Volatilitäten ein.

Bei den Optionen erfolgte die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmte sich der Wert der Option insbesondere nach dem Wert des zugrunde liegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts. Das den Geschäften innewohnende „Adressrisiko“ wurde auf der Grundlage der Berechnung der Kreditäquivalente der CRR ermittelt und mit dem Vertragspartner zuzurechnenden Bonitätsgewicht angegeben.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen im Volumen von 80.000.000 EUR stehen Optionsprämien in Höhe von 38.150 EUR zu Buche (Aktiva 14) und 1.269.424 EUR (Passiva 06) zu Buche.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Stellung von Barsicherheiten	500.000

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 1.840.115 EUR (Vorjahr: 2.768.179 EUR) negative Zinsen aus Einlagen bei der Bundesbank, für Sicherheitengestellung bei Derivategeschäften (Collateralzinsen), aus Bewertungseinheiten und für Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten. Die positiven Zinsen resultieren aus Kundeneinlagen und Sicherheitenerhalt (Collateralzinsen) und belaufen sich auf 139.163 EUR (Vorjahr: 33.739 EUR).

Von der Tochtergesellschaft Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG wurden 10.000.000 EUR an die Bank ausgeschüttet.

- Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:
 - für Zahlungsverkehr
 - Vermittlung von Investment (Union Investment)
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Zinsen nach § 233a AO für KSt	2.320.879
Zinsen nach § 233a AO für GewSt	2.189.652
Sonstige ordentliche Erträge	2.030.119

Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Nachzahlungszinsen nach § 233a AO KSt	1.710.315
Nachzahlungszinsen nach § 233a AO GewSt	1.885.074
Aufzinsung Pensionsrückstellungen	3.154.865

Außerordentliche Aufwendungen	EUR
Aufwendungen im Zusammenhang mit der Transition und Transformation des IT-Providers und zur Vorbereitung einer Systemmigration	2.554.849

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 1.945.756 EUR, des Aufsichtsrats auf 200.096 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 648.031 EUR.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2020 Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.005.442 EUR.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	342.277
Mitglieder des Aufsichtsrats	914.365

Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen-, und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 9.720.444 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	368,50	305,00

Außerdem wurden durchschnittlich 23,25 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Ge- schäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang	2020	314.221	3.074.345	159.865.940
Zugang	2020	3.062	643.368	33.455.136
Abgang	2020	15.925	163.734	8.514.168
Ende	2020	301.358	3.553.979	184.806.908

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um		EUR	24.940.968
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um		EUR	24.940.968
Höhe des Geschäftsanteils	EUR 52	Höhe der Haftsumme	EUR 52
		Max. je Mitglied	EUR 2.600

- **Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:**

Verband der Sparda Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt

- Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Helmut Lind	Aufsichtsrat	DEVK allg. Versicherungs AG

Mitglieder des Vorstands:

- Helmut Lind (Vorsitzender), Vorstandsmitglied Strategie und Öffentlichkeitsarbeit
- Hermann Busch, Vorstandsmitglied Personal und Infrastruktur
- Petra Müller, Vorstandsmitglied Vertrieb
- Silke Schneider-Wild, Vorstandsmitglied Finanzen, Compliance und Produktion

Mitglieder des Aufsichtsrats:

- Berthold Ottmann (Vorsitzender), Erster Polizeihauptkommissar a.D.
- Kurt Dobrauer (stellv. Vorsitzender), Angestellter, DB Cargo AG
- Norbert Zänkert, Angestellter, DB Cargo AG
- Oliver Edelmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG
- Brigitte Graf, Bankkauffrau, Sparda-Bank München eG
- Peter Nitschmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG
- Prof. Dr. Petra Plininger, Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin, Technische Hochschule Deggendorf
- Sabine Beier, Syndikusrechtsanwältin, DB Regio AG
- Monika Steiner (bis 10.12.2020), Diplom-Kauffrau, BMW AG
- Thorsten Weinert (seit 10.12.2020), Key-Account-Manager, DEVK Versicherungen

München, 15. März 2021

Der Vorstand
Sparda-Bank München eG



Helmut Lind
(Vorstandsvorsitzender)



Hermann Busch
(Vorstandsmitglied)



Petra Müller
(Vorstandsmitglied)



Silke Schneider-Wild
(Vorstandsmitglied)

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank München eG, München



Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank München eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 5.182 Mio. EUR. Dies entspricht 55,7 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf

diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 19. Mai 2021

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i.V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer“

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2020 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank München eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank München eG besteht darin, Einlagen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank München eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2020 145.435 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 550.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 30.452 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 8.238 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank München eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Für Sie vor Ort



Bei der Sparda-Bank München bekommen Sie ausgezeichnete Lösungen und erstklassigen Service. Alle Adressen und Kontaktdaten zu unseren Filialen in Oberbayern finden Sie unter www.sparda-m.de/ihr-weg-zu-uns-filialsuche.

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank München eG

Redaktion:

Christine Miedl (V. i. S. d. P.)
Marianne Schmid
Unternehmenskommunikation

Adresse:

Arnulfstraße 15
80335 München
Telefon: 089 55142-400
Telefax: 089 55142-100
E-Mail: presse@sparda-m.de
www.sparda-m.de
www.zum-wohl-aller.de

Konzeption, Gestaltung und Bildbearbeitung:

acpress Gesellschaft für Marketing,
Kommunikation und Event mbH
Provinzialstraße 26
66787 Wadgassen
www.acpress.de

Ausführende Druckerei:

alpha-teamDRUCK GmbH
Haager Straße 9
81671 München
www.onlinedruckerei-muenchen.de

Bildnachweise

Titelfoto/Rückseite: iStock/skynesher; S. 2, 4, 5, 8: iStock/valentinrussanov, iStock/max-kegfire, unsplash/Christopher Beloch; S. 3: Marion Vogel; S. 6: iStock/jacoblund; iStock/DisobayArt; S. 7: iStock/m-gucci; iStock/mapodile; S. 9: iStock/RgStudio; S. 51: iStock/Peopleimages

Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im gesamten Text die männliche Form verwendet. Alle Geschlechter sind gleichermaßen angesprochen.

Nachdruck – auch in Auszügen – mit Quellenangabe und nach vorheriger Rücksprache mit der Redaktion gestattet. Die Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der hier gemachten Angaben ist auf grobes Verschulden begrenzt. Der Geschäftsbericht 2020 der Sparda-Bank München eG ist auf 100 Prozent Recyclingpapier, das den Blauen Engel trägt, gedruckt.

Dieser Bericht wurde CO₂-neutral produziert.



Sparda-Bank München eG

Zentrale: Arnulfstraße 15, 80335 München

E-Mail: info@sparda-m.de

Internet: www.sparda-m.de, www.zum-wohl-aller.de



SpardaService-Telefon:

089 55142-400

Telefax: 089 55142-100

Sparda-Bank

www.sparda-m.de

